



An die
Österreichische Bundesregierung
Bundeskanzleramt
1010 Wien
mail@recover.austria.gv.at

Wien, 26.2.2021

Betrifft: WIDE-Stellungnahme zum nationalen Aufbau- und Resilienzplan #NextGenerationEU

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme im Rahmen der öffentlichen Konsultation „Nationaler Aufbau- und Resilienzplan“ zur Verwendung der Mittel aus dem Budget #Next Generation EU durch die österreichische Bundesregierung in den Jahren 2021-2023. Gerne bringen wir unsere Vorschläge ein.

Die Covid-19-Krise betrifft verschiedene Bevölkerungsgruppen in unterschiedlicher Weise. Frauen sind in besonders hohem Ausmaß von Mehrbelastung (Home-Office, kombiniert mit Kinderbetreuung und Home-Schooling) sowie von Arbeitslosigkeit betroffen. Die Covid-19-Krise hat in nur einem Jahr zu einem enormen frauenpolitischen Backlash geführt. Das ist in Österreich, in der EU, und – sehr viel verschärfter – in Ländern des globalen Südens der Fall. Die tiefen Einschnitte in das wirtschaftliche und soziale Leben haben laut UN 96 Millionen Menschen in extreme Armut gestürzt und die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern deutlich erhöht. Frauen, die mit unbezahlter Arbeit besonders viel an Krisenfolgen in den Haushalten abfangen, zahlen bitter für die Krise. Für Frauen* und Mädchen hat extreme Armut besonders negative Auswirkungen, gehen doch damit nicht nur Hunger und Mangelernährung, sondern auch Teenagerschwangerschaften, Schulabbruch und verlorene Bildungschancen für Mädchen einher; ebenso Gewaltphänomene wie häusliche Gewalt, Kinderheirat und Menschenhandel.

Wir fordern zur Überwindung der Corona-Krisenfolgen daher insbesondere Investitionen in Bildung, Kinderbetreuung, Pflege, Gesundheit sowie in internationale Zusammenarbeit. Wir nehmen dabei unter anderem Bezug auf die Petition „Feministisches Konjunkturpaket“, die von WIDE mitgetragen wird und von mehr als 2.000 Personen unterzeichnet wurde. Unten stehend finden Sie unsere Stellungnahmen zu den Konsultationsfragen sowie relevante Quellenangaben.

Wir hoffen, dass unsere Anregungen in die Erstellung des nationalen Aufbau- und Resilienzplans aufgenommen werden!

Mit freundlichen Grüßen

Dr.ⁱⁿ Edith Schnitzer e.h.
WIDE-Obfrau


Mag.^a Claudia Thallmayer
WIDE-Koordinatorinnen


Mag.^a Janine Wurzer

FRAGE 1 – Vorrangige Bereiche

Im Programm #NextGenerationEU wird bei der Mittelverwendung für den Kampf gegen den Klimawandel (30% der Gesamtmittel) explizit die Mitberücksichtigung des Ziels der Geschlechtergleichstellung gefordert.

Laut der 2020 beschlossenen EU-Strategie zur Geschlechtergleichstellung (2020-2025) sollte diese Zielsetzung im Sinn des Gender-Mainstreamings in allen Politikbereichen verfolgt werden.

Auch der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV 2009, Artikel 8) besagt, dass die EU bei allen Tätigkeiten darauf hinwirkt, Ungleichheiten zu beseitigen und die Gleichstellung von Männern und Frauen zu fördern.

Dass dieses Prinzip bei #NextGenerationEU nicht durchgängig angewandt wird, wie eine Studie (Klatzer et al. 2020) aufzeigt, hat Folgen für die vorgeschlagenen Aktionsbereiche. Dennoch bestehen im Rahmen von #NextGenerationEU viele Möglichkeiten, Maßnahmen zur Überwindung der Krisenfolgen sowohl mit der Ökologisierung der Wirtschaft als auch mit der Gleichstellung der Geschlechter zu verbinden.

Geschlechtergleichstellung in der Budgetpolitik wird außerdem vom Bundes-Verfassungsgesetz gefordert und stellt daher eine Verpflichtung dar: „Bund, Länder und Gemeinden haben bei der Haushaltsführung die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern anzustreben“ (B-VG, Artikel 13, Abs. 3).

In unserer Stellungnahme beziehen wir uns des Weiteren auf den entwicklungspolitischen EU Gender-Aktionsplan III (2021-2025) sowie auf die Forderung nach Kohärenz aller politischen Maßnahmen mit entwicklungspolitischen Zielsetzungen laut EZA-Gesetz (2003).

WIDE sieht Investitionen in folgenden Bereichen als vorrangig an.

a) Ökologischer Wandel

Umweltzerstörende und klimaschädliche Produktions- und Lebensformen im globalen Norden haben negative Auswirkungen auf die Umwelt und die ärmsten Bevölkerungsschichten in Ländern des globalen Südens, insbesondere auf Frauen*, Kinder, Menschen mit Behinderung oder Angehörige bestimmter ethnischer oder religiöser Gruppen. In einer global vernetzten Welt machen daraus resultierende soziale Konflikte um Land und Ressourcen in Form zunehmender Instabilität vor Ländergrenzen nicht Halt und betreffen letztlich uns alle.

Vorschläge:

- Klimaschutz in den Verfassungsrang
- Ausstieg aus dem Energie-Charta-Vertrag
- Ökosoziale Steuerreform

- Abschaffung aller umweltschädlichen Subventionen (teilweise mit sozialen Ausgleichsmaßnahmen)
- Verstärkte Förderung von globalem Lernen und Umweltbildung
- Unterstützung von Umweltinitiativen und Stärkung von Umweltaktivist*innen in Ländern des globalen Südens

b) Digitaler Wandel

Die Digitalisierung findet nicht im luftleeren Raum statt, sondern es werden dafür Rohstoffe und sehr viel Energie benötigt. Die Rohstoffe kommen vielfach aus Ländern des globalen Südens, wo sie oft unter ausbeuterischen und umweltzerstörenden Bedingungen geschürft werden. Folgen für die Bevölkerung sind Gesundheitsschäden, Hunger/Mangelernährung, Vertreibungen und Gewalt, darunter auch sexualisierte/geschlechtsspezifische Gewalt.

Vorschläge:

- Schaffung von Transparenz und Haftung von Konzernen entlang von globalen Lieferketten
- Schaffung von Regulierungen und Anreizen zur Verringerung des Energieverbrauchs in der Digitalwirtschaft, insbesondere in nicht-essenziellen Bereichen (z.B. Kryptowährungen)
- Förderung von Initiativen zur Medienbildung bzw. digitaler Kompetenz (Umgang mit „Fake News“; „Hass im Netz“)
- Förderung der internationalen Vernetzung von zivilgesellschaftlichen Organisationen, insbesondere von Frauenorganisationen und -Netzwerken, um das Potenzial digitaler Kommunikationsmöglichkeiten ausschöpfen zu können

c) Intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum

Es braucht sowohl in Österreich als auch weltweit Investitionen in langfristig nachhaltige (physische) öffentliche Infrastruktur sowie in die Bereiche Bildung, Gesundheit, Pflege und soziale Absicherung.

Während Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft und Technik (noch immer) vorwiegend Männerarbeitsplätze sind, sind Frauen als Beschäftigte in allen Care-Sektoren überrepräsentiert. Die im Bereich von Bildung und sozialer Sicherheit geleistete Arbeit verringert jedoch in besonders hohem Ausmaß Armutsrisiken (der Beschäftigten und der Zielgruppen) und schafft eine erhöhte Lebensqualität aller Menschen. Da dieser Sektor arbeitsintensiv ist, können viele Arbeitsplätze geschaffen werden, was die Haushaltseinkommen erhöht, den Konsum belebt und auch einen entsprechenden Rückfluss an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen generiert. Der Care-Sektor ist außerdem sowohl ressourcenschonend (umweltfreundlich) als auch eine Grundlage für (künftige) Innovation und Lebensqualität.

Ein hohes Niveau an sozialer Sicherheit sollte in allen EU-Staaten Standard sein, gemäß dem Anspruch „leading by example“.

Vorschläge:

- Ausbau des öffentlichen (Bahn-)Verkehrs sowie Ausbau des Wegenetzes für nicht-motorisierte Alltagsmobilität (Ausbau von Wegen für vielfältige neue E-Mobilität, sichere Rad- und Fußwege; Förderung von innovativen nachhaltigen Modellen für Mobilität am Land) – diese Infrastruktur trägt zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderung und älteren Menschen bei.
- Förderung des Umstiegs auf nicht-fossile Energieträger und von Energie-Effizienz bei gleichzeitiger Abschaffung aller umweltschädlichen Subventionen (ggf. mit sozialen Ausgleichsmaßnahmen)
- Investitionen in Gesundheits- und Pflegeberufe, einschließlich in (oftmals freiberuflich ausgeübte) Tätigkeiten wie Psychotherapie, Physiotherapie und andere nicht-ärztliche gesundheitsbezogene Bereiche; ebenso in Gewaltschutz und -Prävention
- Investitionen in flächendeckende Kinderbetreuung sowie mehr und besser bezahlte Pädagog*innen und Betreuungspersonal
- Investitionen in die Entwicklungszusammenarbeit zur Stärkung umweltfreundlicher Wirtschaftsformen und eines stabilen Umfelds.

d) Sozialer und territorialer Zusammenhalt

Wie die COVID-19-Krise gezeigt hat, sind Investitionen in die („systemrelevanten“) Bereiche Bildung, Kinderbetreuung/Elementarpädagogik, Gesundheit, Pflege und soziale Absicherung kurz- und langfristig dringend notwendig. Sie schaffen sozialen Zusammenhalt und erhöhen die Lebensqualität aller Menschen. Es kann damit die Berufstätigkeit von Frauen unterstützt werden (vor allem in Verbindung mit einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung) und das Risiko von Altersarmut bei Frauen reduziert werden. Durch die Aufwertung des Care-Sektors und faire Arbeitsverhältnisse kann generell die Teilhabe benachteiligter Gruppen an der Gesellschaft erhöht werden (z.B. Ent-Prekarisierung von 24-Stunden-Pfleger*innen).

In einer globalisierten Welt geht es nicht zuletzt auch darum, zur sozialen Sicherheit aller Menschen und damit zu einem guten Zusammenleben aller im Rahmen der planetaren ökologischen Grenzen beizutragen. Dementsprechend bedarf es verstärkt der internationalen Zusammenarbeit, insbesondere im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit und der Vereinten Nationen.

Vorschläge:

- Die Hälfte des Budgets #Next Generation sollte in die Bereiche Bildung, Gesundheit und Pflege investiert werden
- Zumindest 0,7% der Mittel aus dem Budget #Next Generation EU (7 Mio. Euro pro Jahr) sollten für internationale Zusammenarbeit zu Gesundheit, sozialer Sicherheit und nachhaltiger Wirtschaft durch inklusive und geschlechtergerechte EZA gewidmet werden

e) **Gesundheit und wirtschaftliche, soziale und institutionelle Resilienz**

Siehe auch Pkt. d).

Die COVID-19-Krise hat vor allem die ärmsten Bevölkerungsschichten in Ländern des globalen Südens schwer getroffen. Viele Staaten haben zu wenig Handlungsspielraum, um die ökonomischen und sozialen Folgen der Pandemie abzufedern. Entlassungen und Sparprogramme im öffentlichen Haushalt treffen die schwächsten Bevölkerungsgruppen, darunter Frauen* und Mädchen, am schlimmsten und sind keine adäquate Antwort auf die Krise. Daher bedarf es der politischen Unterstützung für Initiativen zur Stärkung der Handlungsfähigkeit von Regierungen, um den Zugang zu sozialer Sicherheit zu verbessern und langfristig nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen. Dafür braucht es auch die Stärkung der Zivilgesellschaft, einschließlich von Frauenorganisationen, damit Rechenschaft über Maßnahmen und die Verwendung von öffentlichen Mitteln eingefordert werden kann.

Vorschläge:

- Progressive Steuersysteme (inkl. Vermögens-, z.B. Erbschaftssteuer; progressive Unternehmensbesteuerung; Transparenz zur Bekämpfung von Steuerflucht) zur langfristigen Finanzierung von Umweltschutz, sozialer Sicherheit und internationaler Zusammenarbeit
- Teilnahme an globalen Programmen zur raschen Verfügbarmachung von COVID-19-Impfstoffen in Ländern des globalen Südens
- Unterstützung für den Zugang von benachteiligten Personen im globalen Süden zu Basisgesundheits- und Dienstleistungen im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit
- Kampf gegen Hunger und Klimakrise durch Förderung von Agroökologie und kleinbäuerlicher Produktion und -Vermarktung, u.a. durch EZA und Stärkung des fairen Handels
- Keine Austerität als Konditionalität für Kreditvergaben (z.B. des IWF)
- Entschuldung der Länder des globalen Südens
- Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die als „Watch Dog“ fungieren, insbesondere im Bereich der Menschenrechte

f) **Maßnahmen für die nächste Generation**

Wie die Bewegung „Fridays for Future“ aufgezeigt hat und sich auch im Namen „#Next Generation EU“ widerspiegelt, ist für die nächste Generation entscheidend, welche Maßnahmen heute gesetzt werden, damit die Erderhitzung, Sinken des Grundwasserspiegels, übermäßige Ausbeutung natürlicher Ressourcen und der rasant fortschreitende Verlust an Biodiversität gestoppt werden.

Aufgrund der globalen Vernetztheit und Verletzlichkeit unserer Gesellschaften ist zu berücksichtigen, dass aktuelle wie künftige Krisen durch multilaterales Engagement und Stärkung der Menschenrechte bewältigt werden müssen.

Die Realität von Migration als einem fort dauernden Prozess ist anzuerkennen und zu berücksichtigen. Die nächste Generation wird ein Stück weit mehr als wir heute „Weltbürger*innen“ und eines Tages vielleicht „global citizens“ sein.

Vorschläge:

- Stärkung von globalem Lernen sowie Umwelt- und Menschenrechtsbildung
- Aufwertung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) als Regierungspriorität

FRAGE 2: Besonders relevante länderspezifische Empfehlungen aus 2019 und 2020

Wir halten folgende länderspezifischen Empfehlungen für umweltverträgliches Wirtschaften und eine Politik für die Gleichstellung der Geschlechter in Österreich – nicht zuletzt mit Blick auf globale Auswirkungen und die internationale Kooperation – für besonders relevant:

- Stärkung der öffentlichen Gesundheitsversorgung, der Langzeitpflege und (*gesellschaftlicher sowie institutioneller*) Resilienz (2019 und 2020)
- Chancengleichheit im Bildungswesen und bei digitalem Lernen (2020)
- Nachhaltiger Verkehr sowie saubere und effiziente Energieerzeugung und -nutzung (2020)
- Geeigneter Steuermix für inklusives und nachhaltiges Wachstum (*bzw. Wirtschaften*); Verlagerung der Besteuerung von Arbeit auf Quellen, die einem inklusiven und nachhaltigen Wachstum weniger abträglich sind und die Vollzeitbeschäftigung von Frauen unterstützen, verbesserte Kinderbetreuungsangebote und Steigerung der Grundkompetenzen benachteiligter Gruppen, darunter Menschen mit Migrationshintergrund (*progressives Steuersystem mit ökologischen Lenkungseffekten; ausgabenseitig komplementiert durch Gender-Budgeting mit Fokus auf den Care-Sektor*) (2019 und 2020)

Unsere Vorschläge (Antworten zu Frage 1) nehmen auf diese Empfehlungen direkt Bezug.

Quellen

- Feigl et al. (Hg. AK Wien) (2020): Zu spät, zu wenig, nicht ausreichend fokussiert. Budgetpolitik in der Corona-Krise. Analyse des Bundesvoranschlags 2021 und darüber hinaus, <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/limage/AC16065515/1/-/>
- Klatzer et al. (Hg. Grüne/EFA) (2020): Next Generation EU leaves women behind. Gender Impact Assessment on the EC proposal for #nextGenerationEU, https://alexandrageese.eu/wp-content/uploads/2020/07/Gender-Impact-Assessment-NextGenerationEU_Klatzer_Rinaldi_2020.pdf
- Kletzan-Slamanig/Köppl (Hg. WIFO) (2016): Umweltschädliche Subventionen in den Bereichen Energie und Verkehr, https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=58977&mime_type=application/pdf
- Petition „Feministisches Konjunkturpaket“ (2020), <https://20000frauen.at/2020/07/petition-feministisches-konjunkturprogramm/>
- Pirklbauer (2020): Aktuelles Budget: kein Geld für den Zukunftsbereich Kinderbildung, <https://awblog.at/kein-geld-fuer-den-zukunftsbereich-kinderbildung/>
- UN Women (2020): From Insights to Action: Gender Equality in the wake of COVID-19, <https://www.unwomen.org/-/media/headquarters/attachments/sections/library/publications/2020/gender-equality-in-the-wake-of-covid-19-en.pdf?la=en&vs=5142>